



HESSISCHER LANDTAG

06.02.2024

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Die Landwirtschaft ist für Hessen existenziell – Landwirte müssen entlastet werden!

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag bekennt sich zu den Prinzipien „Schutz durch Nutzung und Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“.
2. Der Landtag honoriert die Leistungen der Landwirte im Bereich Natur- und Tierschutz und erklärt die gleichrangige Bedeutung der Förderziele zur Stärkung der Ernährungssicherung, der Wettbewerbsfähigkeit von Umweltschutz und Ressourcenschonung sowie der ländlichen Entwicklung und Agrarstruktur. Familienbetriebe sind die Basis zur Erhaltung der Landschaftspflege und der dörflichen Kultur.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Direktzahlungen an hessische Landwirte nicht weiter zu verzögern und umgehend zu zahlen, um vermeidbare Härten durch zu Jahresbeginn fällige Fristen der Kreditgeber abzuwenden. Ferner ist eine Überarbeitung des Verwaltungsportals nach dem bayerischen Vorbild anzustreben, welche die Beantragung und Bewilligung von Direktzahlungen zur wechselseitigen Entlastung vereinfacht.
4. Der Landtag erklärt die multifunktionale, landwirtschaftliche Nutzung von Flächen für vorrangig und stellt fest, dass Pläne zu den Flächenstilllegungen aufgegeben werden sollten. Dem anhaltenden Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Überbauung mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen ist entschlossen entgegenzuwirken.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Wasser- und Bewässerungsinfrastruktur an die Realität anzupassen und die Wasserwiederverwendung, wo rentabel, mit hohen Qualitätsstandards zu erhöhen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, keine zusätzlichen Dokumentations- und Zertifizierungspflichten für landwirtschaftliche Betriebe zum Nachweis der Nachhaltigkeitsanforderungen einzuführen sowie auf eine Anpassung der „Gemeinsame Agrarpolitik“-Standards (GAP) an die Bedürfnisse der Bauern hinzuwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Februar 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe